

Sekretariat des Grossen Rates

Von den Grossrätinnen und Grossräten :

Jean Rossiaud, Guy Mettan, Jean-Charles Rielle, Pierre Eckert, Nicole Valiquer Grecuccio, Christo Ivanov, Yves de Matteis, Sylvain Thévoz, Salima Moyard, Olivier Baud, Nicolas Clémence, Boris Calame, Xhevrie Osmani, Christina Meissner, Dilara Bayrak, Claude Bocquet, Alessandra Oriolo, Léna Strasser, Jocelyne Haller, Diego Esteban.

Einreichdatum: 20. Januar 2020

Beschlussantrag:

Ein humanitäres Visum für Julian Assange

Der GROSSE RAT der Republik und des Kantons Genf zieht in Erwägung:

- dass gemäss Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte jeder Mensch das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung hat; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten;
- dass gemäss Artikel 1 der UNO-Erklärung zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen aus dem Jahr 1998 jeder Mensch das Recht hat, einzeln wie auch in Gemeinschaft mit anderen, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene zu fördern und darauf hinzuwirken;
- das Bekenntnis der Schweiz zu ihrer Pflicht, den Rechtsstaat zu stärken und diejenigen zu schützen, die Verletzungen der Menschenrechte und anderer Grundfreiheiten dokumentieren,

auch wenn sie ausserhalb des Landes agieren (Schweizer Leitlinien zu Menschenrechtsverteidiger/innen, 2013);

- dass der Schutz von solchen Personen für die Schweiz von eminenter Wichtigkeit ist;
- dass sich gemäss diesen Leitlinien «die Schweiz seit vielen Jahren öffentlich für den verbesserten Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen ausspricht und bei jenen Staaten interveniert, deren Behörden sie in ihrer Arbeit behindern und bedrohen»;
- dass der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sowie die Stärkung des Rechtsstaates zu den ausserpolitischen Zielen der Schweiz gehören, die in der Bundesverfassung verankert sind;
- dass die Julian Assange vorgeworfenen «Verbrechen» darin bestehen, dass er WikiLeaks gegründet und geleitet hat. Diese NGO ermöglichte es, weltweit Informationen insbesondere zu den Verbrechen der amerikanischen Armee im Irak und in Afghanistan, zum Massaker an der Zivilbevölkerung und zu den Foltern in Guantanamo zu verbreiten;
- dass die Angriffe gegen Julian Assange Angriffe gegen die demokratischen Rechte darstellen, indem sie den investigativen Journalismus für illegal erklären und verhindern möchten, dass die Verbrechen der Regierungen angeprangert werden;
- dass die schwedischen Behörden, die während über neun Jahren eine «Voruntersuchung» zu den Anschuldigungen wegen «sexuellen Fehlverhaltens» (einvernehmlicher, aber ungeschützter Geschlechtsverkehr) beziehungsweise Vergewaltigung gegen Julian Assange durchführten, am 19. November 2019 alle Untersuchungen gegen Julian Assange¹

¹ <https://medium.com/@njmelzer/state-responsibility-for-the-torture-of-julian-assange-40935ea5d7c3?>

zum dritten und letzten Mal einstellen; nachdem diese bereits zweimal eingestellt worden waren;

- dass gegen Julian Assange zum jetzigen Zeitpunkt kein in Stockholm ausgestellter europäischer Haftbefehl mehr hängig ist, sondern Assange im Hochsicherheitsgefängnis von Belmarsh im Vereinigten Königreich «präventiv» festgehalten wird²;
- dass gemäss Nils Melzer, dem UN-Sonderberichterstatter über Folter, keine gesetzliche Grundlage besteht, die eine solche Haft während täglich 23 Stunden rechtfertigen würde, dass diese zudem eine willkürliche Haft darstellt³ und dass es «*sehr schwierig zu verstehen ist, dass dies in demokratischen Staaten wie Schweden, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und Ecuador möglich ist, wo man auf keinerlei Behörde zählen kann, um die eigenen Rechte zu schützen*»;
- dass die Folter von Julian Assange bei dieser Haft sowohl von den Vereinten Nationen als auch von den medizinischen Experten⁴ festgestellt wurde;
- dass die innerhalb von 15 Minuten angeordnete Haft, ohne den Anwälten von Julian Assange eine Anhörung zu gewähren, gemäss demselben UN-Sonderberichterstatter gegen die grundlegenden Rechte eines fairen Prozesses verstösst⁵;
- dass die von den Experten der Vereinten Nationen gesammelten Beweise zur folgenden Schlussfolgerung geführt haben: «*Wir haben auf unbestrittene Weise das Bestehen von*

² <https://twitter.com/nilmelzer/status/1193841574586781698?lang=en>

³ <https://medium.com/@njmelzer/state-responsibility-for-the-torture-of-julian-assange-40935ea5d7c3>

⁴ <https://medium.com/@njmelzer/state-responsibility-for-the-torture-of-julian-assange-40935ea5d7c3>; <https://medium.com/@doctors4assange/open-letter-to-the-australian-government-e19a42597e45>

⁵ <https://medium.com/@njmelzer/state-responsibility-for-the-torture-of-julian-assange-40935ea5d7c3> ; <https://www.rts.ch/info/monde/10974723-l-attitude-des-etats-unis-dans-le-cas-assange-rappelle-un-regime-dictatorial-.html>

offenkundigen Interessenskonflikten und Verzerrungen seitens der Justizbehörden inklusive Beleidigungen und Missbräuchen im Gerichtssaal bewiesen. Zudem wird Julian Assange ständig der Zugang zu den Rechtsunterlagen des Falles untersagt und der Einbezug seiner Anwälte wird auch weiterhin systematisch verweigert beziehungsweise bestritten, so dass es Julian Assange zweimal nicht erlaubt wurde, seine eigene Verteidigung vorzubereiten. Wo ist hier der Rechtsstaat?»⁶;

- dass angesichts der wiederholten Verletzungen der Grundrechte, welche die Grundlage demokratischer Gesellschaften darstellen – Folterverbot, Anrecht auf einen fairen Prozess, Verbot von willkürlicher Haft, Recht auf Beistand durch einen Anwalt, Zugang zur medizinischen Versorgung usw. – Staatschefs, Minister, NGOs, Ärzte, Juristen und Journalisten wiederholte Aufrufe lanciert haben, um die Öffentlichkeit auf den Fall Julian Assange⁷ aufmerksam zu machen;
- dass die Vielfalt dieser Aufrufe über die politischen Affinitäten jedes Beteiligten hinaus beweist, dass die einzige wirkliche Aufgabe heute darin besteht, die Grundrechte jedes Bürgers zu schützen, auf eine nicht instrumentalisierte Justiz, einen fairen Prozess und eine würdige Behandlung während der Haft zählen zu können, wobei auf das Folterverbot in den Rechtsstaaten und das Recht auf einen Zugang zur erforderlichen und dringlichen medizinischen Versorgung während der Haft verwiesen wird;

⁶ Rede von Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter über Folter, vor dem Bundestag in Berlin am 27. November 2019, auf Französisch unter <https://www.legrandsoir.info/la-responsabilite-de-l-etat-pour-la-torture-de-julian-assange-medium.html>; die Aussagen werden von Craig Murray, dem ehemaligen Botschafter des Vereinigten Königreichs, bestätigt: <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2019/10/assange-in-court/>

⁷ Weitere Informationen siehe: <http://www.adetra.org>

- dass es angesichts der neuesten Erklärungen einer ehemaligen Oberstleutnantin der US Air Force / ehemaligen NSA-Mitarbeiterin (amerikanischer Nachrichtendienst) / ehemaligen Analytistin des Pentagons den Anschein macht, als sei «*Julian Assange derzeit unter enger Überwachung im Gefängnisspital, weil er unter vorübergehenden schwerwiegenden psychotischen Episoden litt*». Meine Quellen weisen darauf hin, dass diese Episoden nach zwei Zwangsbefragungen (wir betonen dies) durch britische und amerikanische Beamte auftraten. Die Quellen erklärten, die befragenden Personen hätten während der Sitzungen Psychopharmaka eingesetzt,»⁸ d. h. den «*Psychokampfstoff BZ*», der auf internationaler Ebene durch die Chemiewaffenkonvention verboten ist⁹;
- dass diese Enthüllungen mit den Feststellungen der Ärzte übereinstimmen, die Julian Assange untersucht und eine Verschlechterung seiner neurokognitiven Fähigkeiten¹⁰ festgestellt haben;
- dass das Vereinigte Königreich Julian Assange trotz seiner erwiesenen Gesundheitsprobleme seit 2015 stets den Zugang zu Diagnostiktests und zu Spitalbehandlungen verweigerte – dies auch bei einem medizinischen Notfall – und dass Nils Melzer am 1. November 2019 seine Besorgnis angesichts der stetigen Verschlechterung des Gesundheitszustands seit Assanges Verhaftung und Inhaftierung im April 2019 äusserte und aussagte, dass Assanges Leben in Gefahr sei. Diese Besorgnis wurde am 22. November 2019 von 65 Ärzten weltweit geteilt, die erklärten, Herrn Assanges physischer und psychologischer Gesundheitszustand müsse dringend

⁸ <https://www.lewrockwell.com/2019/05/karen-kwiatkowski/pray-and-weep/>

⁹ <https://www.lewrockwell.com/2019/05/karen-kwiatkowski/pray-and-weep/>;
<https://www.zeit-fragen.ch/fr/archives/2019/n-14-24-juin-2019/avec-son-procedure-traitement-contre-julian-assange-lamerique-creuse-sa-propre-tombe.html>;
https://www.voltairenet.org/IMG/pdf/HD_14_2019.pdf; <https://info.arte.tv/fr/quest-ce-quune-arme-chimique>

¹⁰ <https://www.wsws.org/fr/articles/2019/11/28/jamd-n28.html>

untersucht werden und die angeordnete medizinische Behandlung müsse in einem gut ausgerüsteten Universitätsspital mit qualifiziertem Personal (Tertiärversorgung) erfolgen, da sie auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Beweise effektiv befürchteten, Herr Assange könnte im Gefängnis sterben¹¹;

- dass sich angesichts des Vorstehenden nicht bestreiten lässt, dass die physische und psychische Gesundheit von Julian Assange angegriffen ist und das Vereinigte Königreich – im vorliegenden Fall – die persönliche Sicherheit und die gesundheitliche Integrität von Julian Assange nicht mehr gewährleisten kann; dies wurde durch Nils Melzer, den UN-Sonderberichterstatter über Folter, bestätigt, der bekräftigte, dass das Vereinigte Königreich den Rechtsstaat im Fall von Julian Assange nicht wahre¹²;
- dass der Bundesrat in seiner Antwort vom 11. Juni 2019¹³ auf die Frage von Nationalrat Carlo Sommaruga vom 5. Juni 2019 erklärte, dass **«jede Person, deren Leben oder physische Integrität direkt, ernsthaft und konkret bedroht ist, die Möglichkeit hat, bei einer Schweizer Vertretung im Ausland einen Antrag auf ein humanitäres Visum zu stellen»** und dass die Erteilung einer **humanitären Bewilligung** bedingt, dass der Antragssteller dies von der Schweiz aus tut und dass sich eine kantonale Behörde im Voraus bereit erklärt, eine solche Aufenthaltsbewilligung zu

¹¹ <https://medium.com/@doctors4assange/open-letter-to-the-australian-government-e19a42597e45>; <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2019/10/assange-in-court/>

¹² <https://www.rts.ch/info/monde/10974723-l-attitude-des-etats-unis-dans-le-cas-assange-rappelle-un-regime-dictatorial-.html>

¹³ <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=46260>

erteilen¹⁴;

- angesichts der Verbundenheit der Republik und des Kantons Genf mit den Grundrechten, der humanitären Tradition Genfs und dem Interesse von Genf und der Schweiz, das Image von Genf als dem europäischen Sitz der Organisation der Vereinten Nationen als Welthauptstadt der Menschenrechte und der humanitären Werte zu fördern,

beantragt der Staatsrat

beim Bundesrat den Antrag zu stellen, dass dieser für Julian Assange dringlich ein humanitäres Visum erteilen soll.

¹⁴ Der Munizipalrat der Stadt Genf hat eine Motion angenommen, die **Eric Bertinat, ehemaliger** Präsident des Munizipalrates der Stadt Genf, einreichte und in der er für Julian Assange ein humanitäres Visum forderte:
<https://www.ville-geneve.ch/conseil-municipal/objets-interventions/detail-objet/objet-cm/233-176e/>

DARLEGUNG DER GRÜNDE

Sehr geehrte
Grossräte, sehr
geehrte Grossrätinnen

Seit 2010 verfolgt die amerikanische Regierung den WikiLeaks-Gründer Julian Assange, weil dieser auf der Informationswebsite WikiLeaks gewisse Informationen veröffentlicht haben soll, die sich als von öffentlichem Nutzen erwiesen haben. Einige Dokumente stellen Belastungsmaterial dar, um die Kriegsverbrechen anzuprangern, welche die Vereinigten Staaten im Irak und in Afghanistan begangen haben. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird zudem verdächtigt, eine massive Verleumdungskampagne organisiert zu haben, um die Glaubwürdigkeit von Julian Assange zunichtezumachen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in WikiLeaks zu zerstören.

Der Fall Julian Assange beschäftigte zahlreiche Beobachter, – Journalisten, Ärzte, Politiker, Künstler und Juristen – über ihre politischen und ideologischen Ansichten hinaus, seit dem Beschreiten des Rechtsweges und des Auslieferungsprozesses. Heute ist es auch seine stark geschwächte Gesundheit, die uns ein humanitäres Visum für die Schweiz beantragen lässt, um ihm zu ermöglichen, im Universitätsspital Genf einen umfassenden Gesundheitscheck vornehmen zu lassen. Es geht dabei um die humanitäre Tradition sowohl von Genf als auch der Schweiz.

Das schwedische Verfahren

Ab 2010 spielte der schwedische Staat eine zentrale Rolle bei der Verfolgung und Inhaftierung von Julian Assange. Zuvor hatte er wegen Vergewaltigung und anschliessend wegen «sexuellen Fehlverhaltens» (d. h. einvernehmlicher, aber ungeschützter Geschlechtsverkehr) gegen ihn Anklage erhoben.

Diese Tat bestritt Julian Assange jedoch stets.

In Schweden befürchtete Julian Assange stets, aus politischen Gründen an die Vereinigten Staaten ausgeliefert zu werden. Deshalb beantragte er bei der ecuadorianischen Botschaft in London politisches Asyl. In dieser Botschaft sollte er sieben Jahre unter Haftbedingungen verbringen.

Am 11. April 2019 bereitete Lenin Moreno, der neue Präsident Ecuadors, dem politischen Asyl ein Ende und aberkannte ihm die ecuadorianische Staatsangehörigkeit, die ihm die vorherige Regierung gewährt hatte. In der Folge wurde Julian Assange von der britischen Polizei auf dem Gebiet der ecuadorianischen Botschaft verhaftet. Diese politische Sanktion wurde von zahlreichen Menschenrechtsbeobachtern angeprangert¹⁵.

Nach einer fast zehnjährigen Strafverfolgung teilte die schwedische Staatsanwaltschaft am 19. November 2019 jedoch mit, ihre «*Voruntersuchung*» zu den Anklagen wegen «*sexuellen Fehlverhaltens*» gegen Julian Assange einzustellen.

Diese gescheiterte Untersuchung wurde in diesen zehn Jahren dreimal eingestellt und galt stets als «*Voruntersuchung*». Sie wurde von zahlreichen Menschenrechtsverteidigern als Beweis dafür aufgefasst, dass es sich beim Verfahren gegen Julian Assange um ein politisch aussergewöhnlich unnachgiebiges Vorgehen der Justiz – oder gar der Politik – handelte.

¹⁵ Zur Information, nach dem politischen Wechsel in Ecuador wurde umgehend ein Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten sowie ein Abkommen über 4,2 Milliarden Franken mit dem FWI unterzeichnet, und es wurden Darlehen von über 6 Milliarden Dollar gesprochen, u. a. von der Interamerikanischen Entwicklungsbank. <https://www.reuters.com/article/us-ecuador-imf/ecuador-inks-4-2-billion-financing-deal-with-imf-moreno-idUSKCN1QA05Z> ; https://www.blick.ch/news/ausland/schweizer-uns-sonderbeauftragter-ueber-prozess-gegen-julian-assange-das-erinnert-an-ein-diktatorisches-regime-id15683116.html?utm_medium=social&utm_campaign=share-button&utm_source=twitter

Der Auslieferungsantrag der Vereinigten Staaten

Am 6. März 2018 und am 23. Mai 2019 erhob das Justizministerium der Vereinigten Staaten Anklage¹⁶ gegen Julian Assange und stellte einen Auslieferungsantrag an das Vereinigte Königreich.

Die Vereinigten Staaten brachten 17 Anklagepunkte gegen Julian Assange vor, die für ihn jahrelange Haft beziehungsweise die Todesstrafe bedeuten könnten (möglich für Spionageverbrechen).

Diese Anklage *«stellt eine direkte Bedrohung der Pressefreiheit und des Investigationsjournalismus»* dar, erklärten die Reporter ohne Grenzen¹⁷. Die Organisation Freedom of the Press sprach hingegen von *«einer grossen Gefahr für die Journalisten»*. Edwy Plenel, der Gründer von Mediapart, fügt hinzu: *«Die amerikanischen Führungsmächte und ihre staatlichen Verbündeten möchten, dass er dafür bezahlt, dass er den Weg zu einer neuen demokratischen Utopie gebahnt hat, deren friedliche Waffe das Recht auf Wissen ist.»*¹⁸

Die amerikanische Bürgerrechtsunion erklärt: *«Alle Strafverfolgungen der Vereinigten Staaten gegen Herrn Assange, wegen der Veröffentlichung wahrheitsgemässer Informationen stellen einen Präzedenzfall dar und sind verfassungswidrig; sie werden den Weg zu Strafverfolgungen gegen andere Presseorgane bereiten.»*¹⁹

Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter über Folter erklärte am 30. November 2019: *«Die Gründe, aus denen die Vereinigten Staaten seine Auslieferung verlangen, stellen einen*

¹⁶ https://www.lemonde.fr/pixels/article/2019/05/24/la-justice-americaine-poursuit-assange-en-vertu-des-lois-sur-l-espionnage_5466255_4408996.html

¹⁷ <https://rsf.org/en/news/two-months-assanges-extradition-hearing-rsf-calls-his-release-humanitarian-grounds-and-us-espionage>

¹⁸ <https://www.mediapart.fr/journal/france/150419/quand-ils-sont-venus-chercher-assange?onglet=full>

¹⁹ <https://www.aclu.org/press-releases/aclu-comment-julian-assange-arrest>

*klassischen Fall einer politischen Straftat dar. Das britische Recht verbietet aber die Auslieferung wegen politischer Straftaten.»*²⁰

Julian Assanges Recht auf ein ordnungsgemässes Verfahren

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen haben in Aufrufen ihre Empörung über den Machtmissbrauch kundgetan, den die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten seit fast zehn Jahren gegen Julian Assange begehen.

Am 30. November 2019 erklärte Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter über Folter: *«Wir sehen hier eine Person, deren Recht auf ein ordnungsgemässes Verfahren während sämtlicher Schritte des Verfahrens und bei allen Rechtsprechungen 10 Jahre lang aufs Größte und systematisch verletzt wurde. Es ist nur schwer verständlich, dass dies in demokratischen Staaten wie Schweden, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und Ecuador möglich ist, wo Sie auf keine Behörden zählen können, um Ihre Rechte zu schützen.»* «Die gesamte Haft entbehrt einer gesetzlichen Grundlage.»²¹

Aus den von Experten der Vereinten Nationen gesammelten Beweisen zogen diese Experten folgende Schlussfolgerung: *«Wir haben auf unbestrittene Weise das Bestehen von offenkundigen Interessenskonflikten und Verzerrungen seitens der Justizbehörden inklusive Beleidigungen und Missbräuchen im Gerichtssaal bewiesen. Zudem wird Julian Assange ständig der Zugang zu den Rechtsunterlagen des Falles untersagt und der Einbezug seiner Anwälte systematisch verweigert, so dass es Julian Assange zweimal nicht erlaubt wurde, seine eigene Verteidigung vorzubereiten. Wo ist hier der Rechtsstaat?»*²²

²⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=V8RU5MJb1m8>

²¹ <https://www.youtube.com/watch?v=V8RU5MJb1m8>

²² Rede von Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter über Folter, vor dem Berliner Bundestag am 27. November 2019.

Julian Assanges Anwälte haben auch Beweismaterial geliefert, das zeigt, dass die ecuadorianische Botschaft 2017 ein spanisches Sicherheitsunternehmen, *Undercover Global*, damit beauftragte, Julian Assange zugunsten der CIA und der amerikanischen Regierung auszuspionieren. Dies war auch bei vertraulichen Gesprächen mit seinen Ärzten und Anwälten der Fall und stellt eine Verletzung der grundlegenden Regeln eines Rechtsstaates dar. Die spanische Justiz hat eine Untersuchung eingeleitet²³. Julian Assange hat von der britischen Regierung keine Bewilligung erhalten, in Spanien bei der Anhörung anwesend zu sein.

Die willkürliche Verhaftung von Julian Assange

Am 4. Dezember 2015 verabschiedete die Working Group on Arbitrary Detention (UNWGAD) die Stellungnahme Nr. 54/2015. Darin geht sie davon aus, dass Julian Assange von den schwedischen und britischen Behörden willkürlich festgehalten wurde. In dieser Stellungnahme anerkannte die Arbeitsgruppe Julian Assanges Recht, sich frei bewegen zu können, und seinen Anspruch auf eine Entschädigung²⁴.

Am 21. Dezember 2018 erklärten die Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen, dass *«die schwedischen Untersuchungen seit über 18 Monaten abgeschlossen sind und der einzige Grund, warum Herr Assange weiterhin seiner Freiheit beraubt werden kann, in einer Verletzung der Freiheit unter Kautions im Vereinigten Königreich besteht. Dies stellt objektiv gesehen einen*

²³ https://elpais.com/elpais/2019/11/29/inenglish/1575044449_760169.html

²⁴ Analog erklärte Dick Marty, ehemaliger Staatsanwalt des Kantons Tessin und ehemaliger Sonderermittler des Europarates in Sachen CIA-Geheimgefängnisse für den Europarat, l'Europe, am Donnerstag, den 11. April 2019: «Assange hat nur die Wahrheit gesagt. Er hat die kriminellen Handlungen aufgedeckt und das internationale Gewissen geweckt.» <https://www.rts.ch/info/monde/10359555--je-suis-choque-assange-n-a-fait-que-dire-la-verite-clame-dick-marty.html>

geringfügigen Verstoss dar, der a posteriori die über sechsjährige Haft seit seinem Asylantrag bei der ecuadorianischen Botschaft nicht rechtfertigen kann. Herr Assange sollte sein Recht auf Bewegungsfreiheit gemäss den vom Vereinigten Königreich unterzeichneten Menschenrechtskonventionen ungehindert ausüben können.»²⁵

In seinem Bericht vom 31. Mai 2019 erklärte Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter über Folter, er habe «während seiner zwanzigjährigen Arbeit mit Opfern von Krieg, Gewalt und politischer Verfolgung nie erlebt, dass sich eine Gruppe demokratischer Staaten zusammengeschlossen habe, um vorsätzlich ein einzelnes Individuum während so langer Zeit und mit so wenig Respekt vor der menschlichen Würde und dem Rechtsstaat zu isolieren, zu verteufeln und zu misshandeln.» «Die kollektive Verfolgung von Julian Assange muss hier und jetzt ein Ende haben!»²⁶

Vom Gesundheitszustand Julian Assanges und seinem Erleiden einer grausamen, unmenschlichen oder degradierenden Behandlung

Während der sieben Jahre, die Julian Assange in der ecuadorianischen Botschaft eingesperrt war, wurde er von verschiedenen medizinischen Experten besucht und untersucht, die sich über seinen Gesundheitszustand sehr besorgt zeigten.

Trotz der seit 2015 erwiesenen Gesundheitsprobleme Julian Assanges weigerte sich das Vereinigte Königreich stets, ihm Zugang zu diagnostischen Tests und zu Spitalbehandlungen zu gewähren, sogar in einem medizinischen Notfall.

Am 4. Dezember 2015 wurde in der von der UN-

²⁵ <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24042>

²⁶ <https://www.ohchr.org/FR/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24665>

Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung formell angenommenen Stellungnahme festgestellt, dass Julian Assange eine ordnungsgemässe Untersuchung, einschliesslich einer Magnetresonanzuntersuchung, untersagt worden wäre²⁷.

Am 9. Mai 2019 besuchte Nils Melzer, der UN-Sonderberichterstatter über Folter, Herrn Assange im Gefängnis von Belmarsh. Der Besuch erfolgte in Begleitung von zwei medizinischen Experten, die sich auf die Untersuchung der Opfer von Folter und anderen Misshandlungen spezialisiert hatten.

In seinem Bericht vom 31. Mai 2019 erklärte der UN-Experte:

«Herr Assange war während mehrerer Jahre vorsätzlich grausamen, unmenslichen oder erniedrigenden Strafen oder Behandlungen ausgesetzt, deren kumulative Auswirkungen als psychologische Folter zu betrachten sind [...] Dazu kommt, dass Herr Assange nebst den physischen Erkrankungen alle typischen Symptome einer längeren Aussetzung psychologischer Folter aufwies. Dazu gehören extremer Stress, chronische Angst und ein starkes seelisches Trauma.»²⁸

Diese Aussagen wurden von Craig Murray, dem ehemaligen Botschafter des Vereinten Königreichs, bestätigt, der ebenfalls Alarm schlug²⁹.

Am 7. Mai 2019 erklärte Karen Kwiatkowski, ehemalige Oberstleutnantin der US Air Force, ehemalige NSA-

²⁷ <https://www.undocs.org/pdf?symbol=fr/A/HRC/WGAD/2015/54>; siehe auch das Interview, das Herr Melzer am 19. Dezember 2019 beim RTS gab: <https://www.rts.ch/info/suisse/10957149-des-ong-et-des-partis-demandent-a-la-suisse-l-asile-pour-julian-assange.html>.

²⁸ <https://www.ohchr.org/FR/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24665>

²⁹ <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2019/08/assange-must-not-also-die-in-jail/> ; <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2019/10/assange-in-court/>

Mitarbeiterin (amerikanischer Nachrichtendienst) und ehemalige Analystin des Pentagons: *«Julian Assange wird derzeit im Gefängnis streng überwacht, weil er unter (vorübergehenden schwerwiegenden psychotischen Episoden litt). Meine Quellen weisen darauf hin, dass diese Episoden nach zwei Zwangsbefragungen durch britische und amerikanische Beamten auftraten. Die Quellen erklärten, die befragenden Personen hätten während der (Sitzungen) Psychopharmaka eingesetzt,»* d. h. den *«Psychokampfstoff BZ»*, der auf internationaler Ebene durch die Chemiewaffenkonvention verboten ist³⁰.

Am 1. November 2019 äusserte Nils Melzer erneut seine Besorgnis angesichts der stetigen Verschlechterung des Gesundheitszustands Julian Assanges seit seiner Verhaftung und seiner Haft im April 2019. Er bestätigte, dass sein Leben inzwischen in Gefahr war, und erklärte: *«Was wir von Seiten der britischen Regierung gesehen haben, ist eine totale Missachtung der Rechte und der Integrität von Herrn Assange [...]. Trotz der medizinischen Dringlichkeit meines Aufrufs und der Schwere der vorgebrachten Verstösse hat das Vereinigte Königreich keinerlei Massnahmen zur Untersuchung, Prävention und Abhilfe ergriffen, die gemäss internationalem Recht erforderlich wären [...]. Sofern das Vereinigte Königreich nicht unverzüglich einen anderen Kurs einschlägt und seine unmenschliche Situation verbessert, könnte die Tatsache, dass Herrn Assange ständig der Willkür und des Missbrauchs ausgesetzt ist, ihn bald das Leben kosten.»*

Am 22. November 2019 wandten sich 65 prominente Ärzte aus der ganzen Welt in einem offenen Brief an den britischen

³⁰ <https://www.lewrockwell.com/2019/05/karen-kwiatkowski/pray-and-weep/> ; <https://www.zeit-fragen.ch/fr/archives/2019/n-14-24-juin-2019/avec-son-procede-de-traitement-contre-julian-assange-lamerique-creuse-sa-propre-tombe.html> ; https://www.voltairenet.org/IMG/pdf/HD_14_2019.pdf; <https://info.arte.tv/fr/quest-ce-quune-arme-chimique>

Innenminister und zeigten sich darin äusserst besorgt um die physische und mentale Gesundheit von Julian Assange. Die Ärzte sind von Berufes wegen verpflichtet, auf ihnen bekannte mutmassliche Fälle von Folter hinzuweisen, wo immer sie auftreten.

Die Verfassung der WHO aus dem Jahr 1946 besagt, dass *«der Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens bildet.»*

Die unterzeichneten Ärzte erklärten: *«Herr Assange ist dringend auf eine medizinische Abklärung seines physischen und psychologischen Gesundheitszustandes angewiesen. Jede angezeigte medizinische Behandlung muss in einem gut ausgerüsteten Universitätsspital mit qualifiziertem Personal (Tertiärversorgung) erfolgen. Ohne eine solche Abklärung und notfallmässige Behandlung fürchten wir aufgrund der derzeit verfügbaren Beweise, dass Herr Assange im Gefängnis stirbt. Die medizinische Situation ist somit dringend. Es gilt, keine Zeit zu verlieren.»*³¹

Internationale Unterstützung für Julian Assange

Angesichts der wiederholten Verletzungen der Grundrechte, welche die Grundlage der Demokratie darstellen – Folterverbot, Anrecht auf einen fairen Prozess, Verbot von willkürlicher Haft, Recht auf Beistand durch einen Anwalt, Zugang zur medizinischen Versorgung usw. – haben Staatschefs, Minister, NGOs, Ärzte, Juristen und Journalisten wiederholte Aufrufe lanciert, um die Öffentlichkeit auf den Fall Julian Assange aufmerksam zu machen;

Unter diesen Stimmen waren auch diejenigen von zwei ehemaligen Präsidenten der Ärzte ohne Grenzen, den Generaldirektor der Reporter ohne Grenzen, die Ligue française

³¹ <https://medium.com/@doctors4assange/open-letter-to-the-australian-government-e19a42597e45>

des droits de l'homme, amerikanische Senatoren sowie jegliche Filmemacher, Künstler und Intellektuelle.

Vor kurzem unterzeichneten über tausend Journalisten aus der ganzen Welt einen offenen Brief. Sie forderten darin die sofortige Beendigung des Gerichtsverfahrens gegen den Gründer von WikiLeaks, Julian Assange, für das Verbrechen, «Kriegsverbrechen aufgedeckt zu haben», und forderten seine bedingungslose Freilassung. Sie erklären: *«In einer Demokratie können Journalisten Kriegsverbrechen und Fälle von Folter und Missbrauch aufdecken, ohne ins Gefängnis zu gehen. Dies ist sogar die Rolle der Presse in einer Demokratie.»*³²

86 Schweizer Journalisten haben den Brief bereits unterzeichnet.

Auch zahlreiche internationale Anwälte haben sich an den australischen Premierminister und die Regierung des Vereinigten Königreichs gewandt, um darauf hinzuweisen, dass *«das Verfahren gegen den australischen Bürger Julian Assange, Gründer von WikiLeaks, der derzeit im Gefängnis von Belmarsh bei London inhaftiert ist, auf einen schwerwiegenden Zerfall der säkularen Grundsätze der Menschenrechte, des Rechtsstaates und der demokratischen Freiheit hinweist, Informationen zu sammeln und zu teilen. Wir möchten uns den vorherigen Protesten in dieser Angelegenheit anschliessen.»*³³

³² <https://speak-up-for-assange.org/>

³³ [https://www.transcend.org/tms/2019/12/julian-assange-an-appeal-from-international-lawyers/;](https://www.transcend.org/tms/2019/12/julian-assange-an-appeal-from-international-lawyers/) <https://independentaustralia.net/life/life-display/open-letter-to-scott-morrison-regarding-julian-assange,13423>

Ein humanitäres Visum!

Julian Assanges Gesundheit muss dringend und gründlich untersucht werden.

In seiner Antwort vom 11. Juni 2019³⁴ auf die Frage von Nationalrat Carlo Sommaruga vom 5. Juni 2019 erklärte der Bundesrat, für die Erteilung eines humanitären Visums sei erforderlich, dass sich eine kantonale Behörde vorgängig bereit erkläre, im besagten Fall eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen. Jede Person, deren Leben oder physische Integrität direkt, ernsthaft und konkret bedroht sei, könne bei einer Schweizer Vertretung im Ausland einen Antrag auf ein humanitäres Visum stellen.

Ein humanitäres Visum würde es Julian Assange erlauben, in Genf in aller Sicherheit und gemäss den humanitären Prinzipien der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit die erforderlichen Gesundheitsprüfungen durchzuführen und allenfalls die medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen, die er benötigt.

In seiner vorherigen Antwort auf die Aufhebung aller Anklagen wegen Vergewaltigung und sexuellen Fehlverhaltens durch die schwedische Justiz, erklärte der Bundesrat auch, dass *«die Behörden der Ansicht sind, dass eine Person, die sich bereits in einem Drittstaat aufhält, nicht direkt bedroht ist. Hingegen weist nichts darauf hin, dass Grossbritannien als Land, in dem sich Julian Assange derzeit befindet, seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt.»*³⁵ Trotzdem wurde aber klar darauf hingewiesen, dass das Vereinigte Königreich gemäss den Feststellungen des UN-Berichterstatters für Folter die Regeln des Rechtsstaates sowohl in juristischer Hinsicht als auch in Bezug auf die Haft, das Gesundheits- und

³⁴ <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=46260>

³⁵ <https://www.parlament.ch/fr/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=46260>

Sicherheitsniveau im Fall von Julian Assange³⁶ klar verletzt hat. Diese Feststellungen teilt auch Craig Murray, ehemaliger Botschafter Grossbritanniens³⁷.

Aus diesem Grund beantragten wir, sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte, diesen Beschlussantrag zu unterstützen.

³⁶ Rede von Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter über Folter, vor dem Bundestag in Berlin, am 27. November 2019, auf Französisch: <https://www.legrandsoir.info/la-responsabilite-de-l-etat-pour-la-torture-de-julian-assange-medium.html> ; <https://www.rts.ch/info/monde/10974723-l-attitude-des-etats-unis-dans-le-cas-assange-rappelle-un-regime-dictatorial-.html>

³⁷ <https://www.craigmurray.org.uk/archives/2019/10/assange-in-court/>